

Fragen

für die Fragestunde der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. September 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 30	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	16, 17	Lay, Caren (DIE LINKE.)	28, 29
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	13, 37	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	7, 8
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	11, 12	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	38, 39
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	26, 27	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Höger, Inge (DIE LINKE.)	14, 15	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 36	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	21, 22	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	24, 25	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	31, 32
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 10	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	33
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche umweltpolitischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den zu hohen Nitratbelastungen des Grundwassers in Deutschland, und wie gedenkt die Bundesregierung, die Klage der Europäischen Kommission gegen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Gewässerverunreinigung durch Nitrat abzuwenden?

2. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche umweltpolitischen Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Initiative Frankreichs, bis zum Jahr 2020 Plastikbesteck, -teller und -becher verbieten zu wollen, und plant die Bundesregierung gesetzliche Initiativen in diese Richtung?

3. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Planungszonen des nuklearen Katastrophenschutzes gelten jeweils nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in Belgien, Frankreich, Tschechien, der Schweiz und den Niederlanden, und welche sind dabei jeweils die wesentlichen vorgesehenen Maßnahmen?

4. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem diesjährigen Negativrekord der Arktis-schmelze (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. September 2016)?

5. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Eintrag von Wattestäbchen mit Kunststoffträgern, Kosmetiktüchern und Ähnlichem aus u. a. Kläranlagen in Oberflächengewässer und daraus resultierend in Uferlandschaften und Strände, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bisher noch keinen Gesetzentwurf zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vorgelegt, und wann plant die Bundesregierung, einen solchen Gesetzentwurf im Kabinett zu verabschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen besitzt die Bundesregierung über den Stand der Umsetzung des von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Rahmen des EU-Treuhandfonds EUTF betreuten Regionalvorhabens „Better Migration Management“ (geplante Projekte, Partner, Einsatz der Finanzmittel etc.), bzw. wann ist mit der Veröffentlichung dieser Informationen zu rechnen?
8. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- In welchen Projekten kooperiert die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aktuell mit der Bayer AG, und welche weiteren Kooperationen befinden sich derzeit in Anbahnung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

9. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ließe sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Förderung erneuerbarer Energien, wie sie derzeit in Deutschland stattfindet, aufrechterhalten, falls die aktuell diskutierten Entwürfe für das „Trade in Services Agreement“ (TISA) Anwendung fänden (www.euractiv.de/section/nachhaltige-entwicklung/news/greenpeace-leakt-weitere-tisa-dokumente/?nl_ref=20938905), bitte

Einschätzung begründen, insbesondere hinsichtlich der „Technologieneutralität“, und welche Risiken für die Regulierungshoheit ergeben sich nach Einschätzung der Bundesregierung daraus, dass nach derzeitigem Verhandlungsstand offensichtlich Schiedsgerichte vorab prüfen sollen, ob ein öffentliches Gut im Einzelfall wirklich geschützt werden muss?

10. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche neuen Entwicklungen haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung bezüglich der Verkaufsabsichten der Urenco-Gruppe ergeben, und wann genau gab bzw. gibt es Treffen des Gemeinsamen Ausschusses der sogenannten Trialogstaaten des Vertrags von Almelo zwischen Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden im Jahr 2016 (bitte mit genauer Angabe des aktuellen Sachstands sowie der Tagesordnungspunkte und Protokolle der gemeinsamen Sitzungen)?

11. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Report von Amnesty International über Bombardierungen von Krankenhäusern im Jemen durch die saudi-arabisch geführte Allianz in Bezug auf deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und hinsichtlich der Forderung einer Flugverbotszone im Jemen (www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-angriff-auf-klinik-im-jemen-mit-us-bombe-a-1112912.html)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

12. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Über welche eigenen Informationen (auch geheimdienstliche) und Aufklärungsbilder verfügt die Bundesregierung in Bezug auf den Angriff auf einen UN-Hilfskonvoi in Syrien am 19. September 2016?

13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Informationen (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, die darauf hindeuten, dass die Fahrzeugkolonne des UN-Hilfskonvois in Syrien am 19. September 2016 aus der Luft angegriffen wurde, und welche konkreten Informationen (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, durch wen dieser Angriff ausgeführt wurde?
14. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung in der „Offenen Arbeitsgruppe zu nuklearer Abrüstung“ auf UN-Ebene im August 2016 gegen die Aufnahme von Verhandlungen für ein internationales Kernwaffenverbot gestimmt (www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/apocalypse-no-1604/)?
15. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Was spricht aus Sicht der Bundesregierung dagegen, dass die internationale Ächtung von Atomwaffen den Druck auf die Atommächte erhöhen würde, nuklear abzurüsten (Bundespressekonferenz vom 9. September 2016)?
16. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Welche politischen und völkerrechtlichen Widersprüche sieht die Bundesregierung zwischen dem Atomwaffensperrvertrag (NVV/NPT) und einer möglichen internationalen Konvention zur Ächtung aller Atomwaffen vor dem Hintergrund der anstehenden Abstimmung darüber in der UN-Vollversammlung (www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/apocalypse-no-1604/)?
17. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Inwieweit beeinträchtigt die Frage des Kernwaffenverbotes die bilateralen Beziehungen der Bundesregierung zu Österreich und Mexiko, die in der „Open Ended Working Group on Nuclear Disarmament“ auf UN-Ebene Verhandlungen für ein solches Verbot fordern (www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/apocalypse-no-1604/)?

18. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie weit ist die Bundesregierung fortgeschritten bei dem Nachgehen von „Hinweisen, dass die Palästinensische Behörde ... das Budget der PLO für Gefangenenfragen unterstützt“ (vgl. Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier und Schreiben der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer an mich, www.volkerbeck.de/wp-content/uploads/2016/09/160905_PLOPA_Terroristen.pdf; bitte neue Erkenntnisse und Schritte zur Erkenntnisgewinnung benennen), und wie hat die Bundesregierung seither gegenüber der Palästinensischen Behörde und der PLO deutlich gemacht, dass eine Finanzierung von sogenannten Märtyrerrenten, also finanzielle Leistungen an Terroristen und deren Hinterbliebene (www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-25-08-2016/wie-die-palaestinensische-regierung-moerder-und-deren-familien-unterstuetzt.html), inakzeptabel ist.
19. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die Einrichtung eines neuen Terminvergabesystems an der deutschen Botschaft in Teheran eine Reaktion auf die Arbeit „unseriöser Visabüros“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 33 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/9477), und an welchen anderen Auslandsvertretungen ist die Arbeit derartiger Büros im letzten Jahr ebenfalls bemerkt worden?
20. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung zukünftig, Hinweisen auf Missbrauch von Terminbuchungssystemen, wie er im Jahr 2014 auch schon an der deutschen Botschaft in Beirut aktenkundig wurde (www.welt.de/politik/deutschland/article126612648/Schwarzhandel-im-Verfahren-mit-Deutschland-Visa.html), transparent nachzugehen, und wie definiert sie die Überprüfbarkeit von Hinweisen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 44, Anlage 32, Plenarprotokoll 18/178), wenn die Vergabe eines Termins durch einen Terminhändler oftmals nicht lückenlos schriftlich belegbar ist?

21. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Im Rahmen welcher internationaler Missionen beteiligt sich die Bundesregierung (etwa mit der Bundeswehr, der Bundespolizei oder dem Bundesnachrichtendienst) an Maßnahmen, die auf der Durchsetzung der Libyen-Resolution 2259 (2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen basieren und in diesem Zusammenhang unter anderem gegen die rechtswidrige Ausfuhr von Erdöl oder gegen Aktivitäten vorgehen sollen, die die Unversehrtheit und Einheit der libyschen staatlichen Finanzinstitutionen und der nationalen Erdölgesellschaft beeinträchtigen könnten, und inwiefern fällt die Wiederaufnahme von Erdölexporten nach Einnahme zahlreicher Ölhäfen durch die Tobruk-Regierung bzw. unter General Chalifa Haftar (Middle East Eye vom 21. September 2016; www.middleeasteye.net/news/first-oil-two-years-leaves-libyas-ras-lanouf-port-394431111) aus Sicht der Bundesregierung unter die Resolution 2259 (2015) bzw. die in der ersten Teilfrage genannten Bereiche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Ergebnissen und/oder Schlussfolgerungen wurde das im Rahmen der wehrtechnischen Forschung und Technologie durchgeführte Vorhaben „Wissenserschließung aus offenen Quellen (WeroQ)“ abgeschlossen, das nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder Technologien identifizieren sollte, die sich für Möglichkeiten zur „IT-gestützten Nachrichtengewinnung aus offenen Quellen“ (sogenannte OSINT-Verfahren) eignen und wozu unter anderem Textmining-Technologien gehören könnten (Schreiben vom 22. Juli 2014 auf meine Nachfrage zu meiner Schriftlichen Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 18/1742), und an welchen Standorten der Bundeswehr oder des Bundesnachrichtendienstes werden OSINT-Anwendungen wie EXTRAPIC oder BRANDWATCH bzw. ähnliche „marktverfügbare Analysetools“ zur Erfassung „von Meinungs- und Stimmungslagen der Bevölkerung“ eingesetzt?

23. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung dazu, dass US-Sicherheitsdienste Schadsoftware, mit der die USA im Bedarfsfall ein ganzes Land lahmlegen können, in die Infrastruktur Deutschlands – wie z. B. Kraftwerke – eingebaut haben (so die Enthüllung von Edward Snowden in dem Film „Snowden“ von Oliver Stone), und welche Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen?
24. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie wird ein Dublin-Zuständigkeitsprüfungsverfahren inklusive einer Überstellung an den zuständigen Mitgliedstaat vorgenommen, wenn Asylsuchenden an den bundesdeutschen EU-Außengrenzen die Einreise verweigert wird (bitte genaue Ausführungen zum Ablauf und zur Dauer der Prüfung und zu den beteiligten Behörden machen; Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 18/9634, siehe auch Bundestagsdrucksache 18/7311), und was waren die Gründe der Einreiseverweigerung bei den im Jahr 2016 bislang zurückgewiesenen Personen (bitte differenzieren nach den fünf wichtigsten Staatsangehörigkeiten und ob ein Asylgesuch gestellt wurde oder nicht)?
25. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Fälle sind dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von anderen Behörden (insbesondere der Länder, bitte differenziert auflisten und die wichtigsten betroffenen Staatsangehörigkeiten nennen) gemeldet worden, in denen vom BAMF überprüfte und für echt bewertete Dokumente von Asylsuchenden sich nach Auffassung der anderen Behörden als gefälscht erwiesen haben sollen, und was sind nach Einschätzung der Bundesregierung die wesentlichen Gründe dafür, dass Asylsuchende gefälschte Dokumente vorlegen (bitte soweit möglich quantifizieren, etwa, in wie vielen Fällen zugleich ein Terrorismusverdacht vorliegt, eine falsche Herkunft vorgetäuscht werden sollte oder die Papiere im Rahmen der Flucht benötigt wurden usw.)?

26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele von den 450 nominierten Athletinnen und Athleten der deutschen Olympiamannschaft von Rio 2016 verfügten nach Kenntnis der Bundesregierung zum Beginn der Olympischen Spiele über eine medizinische Ausnahmegenehmigung (TUE), und wie viele dieser Ausnahmegenehmigungen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung für mindestens ein Jahr erteilt?
27. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie viele Gästeakkreditierungen des Deutschen Olympischen Sportbundes für die Olympischen Spiele sowie des Deutschen Behindertensportverbandes für die Paralympischen Spiele in Rio de Janeiro 2016 wurden von Politikern, Beamten und weiteren Beschäftigten des Bundes in Anspruch genommen (bitte jeweils für die Olympischen Spiele und die Paralympics nach Bundesbehörden aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

28. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass das Genossenschaftsgesetz seit der Gesetzesnovelle im Jahr 1973 in seinem Kern undemokratisch ist, weil es in § 27 vorschreibt, dass der Vorstand die Genossenschaft unter eigener Verantwortung zu leiten hat und damit die bis dahin bestehende Verpflichtung des Vorstandes, geschäftspolitische Weisungen der Generalversammlung oder Maßgaben der Satzung im Bereich der Geschäftsführung auszuführen, aufgehoben wurde, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, mit einer Novellierung des Genossenschaftsgesetzes die alleinige Leitungsmacht des Vorstandes einzuschränken und die Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Genossenschaftsmitglieder und der Generalversammlung wieder zu stärken?

29. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Verfolgt die Bundesregierung den im März 2013 vorgelegten Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz zum „Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Kooperationsgesellschaft und zum weiteren Bürokratieabbau bei Genossenschaften“ noch weiter (siehe Pressemitteilung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 15. März 2016: „Genossenschaften sind Eckpfeiler für bürgerschaftliches Engagement. Union lehnt Verwässerung der Rechtsform ab“), und welche rechtlichen Änderungen außerhalb des Genossenschaftsrechtes plant sie, um die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement wie zum Beispiel Dorfläden, kooperative und/oder altersgerechte Wohnprojekte, Kitas etc. zu erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Hinweise auf Verstöße gegen Sanktions- und Embargovorschriften im Zusammenhang mit dem Iran (bitte einzeln auflisten) sind der Bundesregierung einschließlich ihr unterstellter Behörden und Stellen bekannt, und in welchen dieser Fälle wurden diese Hinweise auf Verstöße gegen Sanktions- und Embargovorschriften den zuständigen Staatsanwaltschaften und Gerichten mitgeteilt (bitte die Staatsanwaltschaften und Gerichte jeweils benennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

31. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war die Summe der Ausgleichsabgabe nach Information der Bundesregierung, welche die Integrationsämter in den Jahren 2012, 2013, 2014 und 2015 erhalten haben, und wofür wurden diese Gelder vorrangig verwendet?

32. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik von Selbstvertreterinnen und Selbstvertretern von Menschen mit Behinderungen, dass eine stärkere Regionalisierung von Leistungen zu unterschiedlichen Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen führt?
33. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(**Zwickau**)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch lag nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2005 bis 2015 jeweils das Median- sowie das durchschnittliche Einkommen der Personengruppe, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung betrug?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

34. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Hoftor-Bilanzierung, die im Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften vom 17. Februar 2016 (siehe 18/7557) in Artikel 1 § 11a (Umgang mit Nährstoffen im Betrieb) verankert ist, nach Einschätzung der Bundesregierung verbleiben, und wenn nicht, warum nicht?
35. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe führt die Bundesregierung an, die landwirtschaftlichen Betriebe dazu verpflichten zu wollen, die in Artikel 1 § 11a des Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften vom 17. Februar 2016 (siehe 18/7557) vorgesehene Hoftor-Bilanzierung zukünftig durchführen zu müssen?
36. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Anteilen haben sich am „Greening“ teilnehmende landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland jeweils für Maßnahmen entschieden, die einen niedrigen (Gewichtungsfaktor unter 1) bzw. hohen (Gewichtungsfaktor 1 oder mehr) Biodiversitätsnutzen haben, und welche

Mitgliedstaaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung Produktionsbeschränkungen hinsichtlich der Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln für ökologische Vorrangflächen festgelegt, auf denen eine Produktion erlaubt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

37. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit stammen nach Kenntnis (auch nachrichtendienstlicher) der Bundesregierung die Zieldaten für den Luftangriff der von den USA geführten „Anti-IS-Allianz“ auf einen Militärstützpunkt der syrischen Regierung in der syrischen Provinz Dair as-Saur (bzw. Deir Ezzor) am 17. September 2016 aus Aufklärungsflügen der im Rahmen der Anti-IS-Operation Counter Daesh eingesetzten Tornados der Bundeswehr, da Deir Ezzor in einem Gebiet liegt, das auch zum Mandatsgebiet des Bundeswehreinsetzes in der Region gehöre, bei dem zum Beispiel das Gelände kartiert und geeignet ist, langfristige Angriffsszenarien zu unterstützen (AFP vom 19. September 2016), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung darüber, wer ursächlich für die vermeintlich fehlerhaften Zieldaten verantwortlich war?
38. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zur Beschaffung neuer Drohnen in der Gewichtsklasse bis 5 kg mitteilen, die laut Auskunft des Bundesverteidigungsministeriums aus „zehn Gesamtsysteme[n]“ Black Hornet und sechs „Gesamtsysteme[n]“ für die Sofortinitiative Seegestützte Aufklärung aus der Luft besteht (Plenarprotokoll 18/189, S. 18740, 18741), und welche Fluggeräte und Empfangs- bzw. Steuerungsgeräte werden für die „Sofortinitiative EUNAVFOR MED“ beschafft?

39. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Details kann die Bundesregierung zu den jüngsten „Flugunfällen“ von Drohnen der Bundeswehr mitteilen, deren Ursachen „im Bereich der Technik verortet“ wurden (Plenarprotokoll 18/189, S. 18741)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

40. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die Ergebnisse der Evaluation der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, die bereits am 9. August 2016 veröffentlicht wurden, durch Änderungen am Antidiskriminierungsgesetz umsetzen, und welche der sechs in der Evaluation genannten Vorschläge zur Reform des Antidiskriminierungsgesetzes – die Verlängerung der Beschwerdefrist, die Schaffung eines Klagerechts für Antidiskriminierungsverbände, die Stärkung des Schutzes vor sexueller Belästigung, die Stärkung von Barrierefreiheit, der Schutz vor Fremdpersonaleinsatz und die Konkretisierung bestehender Regelungen in Bezug auf Dritte im Arbeits- und Zivilrecht – wird die Bundesregierung dabei angehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt erfolgte der Auftrag der Bundesregierung zur Projektdefinition und -bewertung des Projekts „Großknoten (Frankfurt, Hamburg, Köln, Mannheim, München)“ im Rahmen der Projektnummer K-001-V99 – K-005-V99 für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 an die Gutachter, und wann erwartet die Bundesregierung einen Abschluss der Bewertung des Projekts (bitte jeweils genaue Zeitpunkte mit Tag, Monat und Jahr angeben)?

42. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den zwei aktuellen Prüfberichten des Bundesrechnungshofes zu dem Projekt Stuttgart 21, in denen weitere Mehrkosten und Belastungen für den Bundeshaushalt ein Einfallstor für eine unkontrollierte Finanzierung zulasten des Schienennetzbestandes und eine vereinfachte Bauausführung befürchtet werden sowie die Kontrollfunktion des Bundesverkehrsministeriums bemängelt wird, und weshalb hat nach mir vorliegenden Informationen bislang niemals ein Vertreter der Bundesregierung an einer Sitzung des Lenkungskreises zu Stuttgart 21 teilgenommen, obgleich die Bundesregierung nach der Geschäftsordnung des Lenkungskreises ein Teilnahmerecht hat und die Bundesregierung von der Deutschen Bahn AG sowie der Landesregierung Baden-Württemberg mehrfach aufgefordert wurde, an den Sitzungen teilzunehmen.
43. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Förderprogrammen und Pilotprojekten beabsichtigt die Bundesregierung, den Einsatz bzw. Tests autonom fahrender Fahrzeuge im Nahverkehr im öffentlichen Straßenraum zu fördern?
44. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Novelle der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO), um autonomes Fahren bei Eisenbahnen zu ermöglichen, und wenn nein, warum nicht?
45. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung angesichts des rasant steigenden LKW-Güterverkehrsaufkommens (www.n-tv.de/wirtschaft/Lkw-Branche-kaempft-mit-Gueterboom-article18658646.html) mit kurzfristigen Maßnahmen einen Verkehrskollaps verhindern sowie CO₂- und NO_x-Emissionen von LKW einsparen?

46. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung der prozentuale Anteil des LKW-Güterverkehrs auf deutschen Straßen und korrespondierend der Anteil der von diesem verursachten CO₂- und NO_x-Emissionen?